

Frühjahrssession 2011

Wir haben einiges erreicht

Von Nationalrätin Viola Amherd

Bahnreform 2 – Postautolinien gerettet

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rand- und Berggebiete verlangt eine Grunderschliessung mit dem öffentlichen Verkehr. Anders als vom Bundesrat vorgeschlagen, will der Nationalrat Subventionen im regionalen Personenverkehr nicht streichen. Auch dann nicht, wenn die Nachfrage gering ist. Damit hat er sich anlässlich der Beratung über die Bahnreform-Vorlage für den Erhalt der Grundversorgung mit dem Öffentlichen Verkehr auch in den Rand- und Bergregionen ausgesprochen. In Gefahr geraten wären hier sonst insbesondere einige Postautolinien im Wallis. Gegen ihr Fallenlassen habe ich schon in der Verkehrskommission heftig opponiert; nun haben die Interventionen Früchte getragen.

Steuerbefreiung bei Kinder- und Ausbildungszulagen

Nach dem Willen des Nationalrats sollen Kinder- und Ausbildungszulagen von der Kantonssteuer abgezogen werden können. Er hat zwei gleichlautenden Standesinitiativen der Kantone Aargau und St.Gallen zugestimmt. Beiden geht es darum, dass der Mittelstand sinnvoll entlastet wird. Die Kaufkraft mittelständischer Familien ist im Vergleich mit Familien der oberen und der unteren Einkommenschichten in den letzten 20 Jahren weit weniger stark gewachsen, teilweise sogar gesunken. Die Besteuerung der Zulagen führt aber auch zu einer sehr seltsamen Mechanik: Je mehr Kinder eine Familie hat, desto erhält sie an Kinder- und Ausbildungszulagen, umso mehr muss sie an Steuern aber wieder zurückgeben. Das ist widersinnig. Es widerspricht auch dem Grundsatz der steuerlichen Bemessung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wenn Zulagen belastet werden, die nichts mit der Arbeitsleistung zu tun haben. Der Ständerat, der die Initiativen abgelehnt hat, muss also dringend nochmals über die Bücher.

Bessere Bekämpfung der Gefahren aus dem Internet

Die Session hat wieder einige Bewegung in die Bekämpfung der Internetkriminalität und in die Kinder- und Jugendschutzpolitik gebracht. Zum einen hat der Nationalrat als Zweitrat die Europaratskonvention zur Cyberkriminalität ratifiziert. Zum anderen hat er mit deutlichem Mehr eine Motion von CVP-Ständerat Ivo Bischofberger überwiesen, die eine effizientere Zusammenarbeit aller Organe von Bund und Kantonen in der Bekämpfung der Internetkriminalität verlangt. Die Grosse Kammer hat sich auch dafür ausgesprochen, Provider für strafbare Webinhalte in die Mitverantwortung zu nehmen. Die Parlamentarische Initiative wurde von CVP-Nationalrat Norbert Hochreutener eingereicht. Alle drei Vorlagen entsprechen der Strategie der CVP zur Bekämpfung der Internetkriminalität, welche die Partei Ende letzten Jahres vorgestellt hat und nun mit Konsequenz umsetzt.